

[Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"](#)

Bilanz.de

2. August 2021

Copyright 2021 Bilanz Deutschland Wirtschaftsmagazin GmbH Alle Rechte Vorbehalten

Section: Kultur; S. NaN

Length: 3411 words

Byline: Mladen Gladić

Highlight: Eine EU-Kommissionspräsidentin kann man nicht abwählen, sagt Wolfgang Streeck, die eigene Regierung schon. Ein Gespräch darüber, was Europa vom Untergang Roms lernen kann - und Nationalstaaten als Alternative.

Body

Der Soziologe Wolfgang Streeck war bis 2014 Direktor am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Streeck hat jahrelang an der University of Wisconsin-Madison in den USA geforscht und gelehrt und hielt 2012 die Frankfurter Adorno-Vorlesungen. Sie erschienen 2015 als Buch im Suhrkamp Verlag ("Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus").

2018 engagierte sich Wolfgang Streeck in der von der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht initiierten Sammlungsbewegung "Aufstehen".

Streecks gerade erschienenes Buch "Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus" (Suhrkamp Verlag, 538 S., 28 Euro) ist ein umfangreiches Plädoyer für weniger Zentralismus. Ein Gespräch in der Domstadt darüber, was stecken geblieben ist und wie es in den Gang kommen könnte.

WELT: Herr Professor Streeck, gerade hatten wir gelernt, dass heute fast alles "neoliberal" ist: Selbstverwirklichung, Fitness und Achtsamkeit sowieso, vor allem aber die Identitätspolitik. Jetzt kommen Sie und sagen, das ist schon vorbei.

Wolfgang Streeck: Der Neoliberalismus, von dem ich spreche, ist eine Bewegung, die in den 30er-Jahren entstand, mit Leuten wie Friedrich August Hayek und Ludwig von Mises. Denen ging es darum, die liberale Weltwirtschaft, von der sie sich vorstellten, dass sie 1914 bestanden hätte, wiederherzustellen. Dem standen die nach 1918 aus den Imperien herausgebrochen Nationalstaaten im Weg. Der Neoliberalismus war gleichzeitig ein Anti-Sozialdemokratismus und ein Anti-Nationalismus. Seine Vertreter fürchteten, dass die Sozialdemokratie sich der Nationalstaaten bemächtigt und so den freien Weltmarkt durch protektionistische Eingriffe und Sozialpolitik unterminiert.

WELT: Das Ideal waren Habsburger Verhältnisse?

Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"

Streeck: Man stellte sich das österreichische Imperium vor 1918 vor, wo zwischen Ungarn, Serbien, Oberitalien, Böhmen und Mähren ständiger Freihandel herrschte. Nun muss man sagen, was da international handelbar war, war ein winzig kleiner Ausschnitt dieser wesentlich agrarischen Gesellschaften.

WELT: Die "österreichische Schule" musste nach 1945 noch 30 Jahre lang warten, bis ihre Ideen Realität wurden.

Streeck: 1933 gab es den New Deal in Amerika, eine Art Sozialdemokratie, mit dem Versuch, das auf die Weltwirtschaft zu übertragen, mit justierbaren Wechselkursen, einem geordneten, begrenzten, politisch steuerbaren Welthandelsregime. Innerhalb der Länder der New Deal-Welt gab es starke Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und Sozialpolitik, und in Großbritannien unter Labour wurde etwa die Hälfte der industriellen Kapazität verstaatlicht. Auf der anderen Seite gab es die Sowjetunion, die konnte man auch nicht als liberal bezeichnen. Der große Augenblick Hayeks kam mit Thatcher und Reagan. Da wurde der Neoliberalismus, mit Marx gesprochen, zur materiellen Gewalt.

WELT: Und das ist passé, warum?

Streeck: Der Neoliberalismus war ein Versuch, die Stagnation des Kapitalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren durch die Verwandlung der Welt in eine einzige große Freihandelszone zu überwinden. Damit gaben die Staaten ihre Fähigkeit auf, ihre Bürger vor den Ungewissheiten des Marktes, seiner unablässigen "schöpferischen Zerstörung" der Produktions- und Lebensverhältnisse zu schützen. Stattdessen verlangten sie von ihren Bürgern, sich auf ständigen Wandel und laufende Anpassung einzustellen, auch die sozialdemokratischen Parteien auf dem sogenannten Dritten Weg.

Das gemeinsame Thema war: wettbewerbsfähig werden! In Deutschland erinnert man sich an diese Talkshows mit Sabine Christiansen über den "Standort". Man kann aber eine Gesellschaft nicht dem Diktat wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit unterwerfen. Auf die Dauer wird sie rebellieren, weil eine von Regeln befreite Marktwirtschaft sich viel schneller verändert als soziales Leben sich an sie anpassen kann. Die Leute wehren sich, weil sie die ungebremste kapitalistische Entwicklungsdynamik als Ursache immer größerer Lebensrisiken wahrnehmen.

WELT: Wie wehren die sich?

Streeck: Sie greifen auf die Institutionen zurück, die sie noch haben. Das sind die Nationalstaaten. Die Kommissionspräsidentin können sie ja nicht abwählen. Den Chef der Weltbank oder von Goldman Sachs schon einmal gar nicht.

WELT: Welche Rolle hatte der Nationalstaat im Neoliberalismus?

Streeck: In der reinen Lehre ging es immer um seine Abschaffung. Nach dem Ende des Kommunismus träumten die Amerikaner von einer New World Order, in der die Nationalstaaten zwar weiterbestehen, aber wirtschaftlich funktionslos sein würden. Die WTO beruhte auf der Vorstellung, dass jedes Land dieselbe Wirtschaftsverfassung haben sollte, was praktisch einen Einheitsstaat mit Einheitsmarkt bedeutete. Dasselbe gilt für die EU nach Maastricht.

Hayek und von Mises hatten in den 30ern geschrieben, man könne zur Not die Staaten beibehalten, aber nur zur Pflege lokaler Folklore. Die wirtschaftliche Lage ihrer Bevölkerung sollten sie nicht beeinflussen können; über die würde der Markt entscheiden bzw. die Anpassungsfähigkeit der jeweiligen Gesellschaften an diesen. Man hat aber gesehen, dass ein solches freigelassenes, auf sich selbst gestelltes kapitalistisches Wirtschaftssystem ungeheuer krisenanfällig ist. Auf die Dauer bekommen die Leute Angst vor einem solchen Moloch.

WELT: Wie äußert sich diese Angst?

Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"

Streeck: Ein krasser Fall war die Wahl von Trump. Sie folgte der Zerstörung der Sozialstruktur in der Mitte des Landes, in den durch den Freihandel deindustrialisierten Regionen. Die kulturelle Erscheinungsform dieser sozialen Katastrophe, dieser Fundamentaldeprivation - wirtschaftliche Stagnation, zerbrochene Gemeinden und Familien, Statusverlust durch Arbeitslosigkeit, Drogensucht mit zehntausenden von Toten pro Jahr - war der Versuch einer "männlich chauvinistischen", aggressiven Verteidigung einer weißen Vorherrschaft.

WELT: Wie kam das zustande?

Streeck: 1992 wurde Clinton gewählt, der zunächst eine Art sozialdemokratischer Industriepolitik zu betreiben versuchte. Ich war bis 1995 an der Universität von Madison-Wisconsin und habe damals zusammen mit anderen einer von Clinton eingesetzten Kommission zugearbeitet, die ein Modell für die Mitbestimmung von Arbeitnehmern im Unternehmen erarbeiten sollte.

Alle diese Ansätze waren nach den Zwischenwahlen von 1994 Makulatur. Die Politik drehte sich um 180 Grad und es begannen die Kürzungen der Sozialsysteme sowie, wichtiger noch, die Verlagerung der Wertschöpfung aus dem Industrie- in das Finanzsystem, mit entsprechenden Folgen für die Verteilung von Einkommen und Vermögen.

WELT: Wie verlief das?

Streeck: Erst einmal durch eine ungeheure Aufblähung des Kreditwesens, mit der Folge steigender Verschuldung erst des Staates und dann der Privathaushalte, sodass in Amerika praktisch jeder bis über die Ohren verschuldet war und ist. Das kam, bei einer entsprechenden Geldpolitik, den Banken zugute. So hatten die Leute auch bei sinkenden Einkommen und verschwindenden Arbeitsplätzen Geld, und nachdem man in den Goldenen 90ern die Chinesen in die Welthandelsorganisation aufgenommen hatte, gab es auch etwas zu kaufen: billige chinesische Importe.

Walmart hat die dann verteilt und wurde so zur größten Einzelhandelsorganisation der Welt. Die Folge war ein riesiges Handelsdefizit, aber das machte nichts, solange die Ausländer ihr Kapital in das amerikanische Bankensystem einschossen oder, wie der chinesische Staat, Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes kauften. Das lohnte sich, weil die amerikanischen Banken mit ihren Einlagen Sachen machen konnten, die anderen Banken aus Risiko-Gründen verboten waren. Aber die kleinen Leute, die nach 2008 ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, wurden aus ihren Häusern vertrieben.

WELT: Sie sprechen von dem Aufstand der Gelbwesten als Trotzreaktion. Lassen sich solche Reaktionen noch innerhalb eines Rechts-Links-Schemas beschreiben?

Streeck: Nein, das ist sehr schwer. Das Einfordern einer stärker protektiven staatlichen Wirtschaftspolitik kann von links oder von rechts kommen und sich mit unterschiedlichen Ideologien rechtfertigen. Von Bewegungen nach dem Muster der französischen Poujadisten auf der rechten Seite, die Kleinhandel und Mittelstand zum Zentrum der Gesellschaft erklärten, und von proletarischen Bewegungen, die Menschen vertreten, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängen.

Da besteht durchaus die Gefahr, dass keiner mehr richtig weiß, wer wer ist und was man wollen sollte. Wenn die Linke dann nichts Plausibles anzubieten hat, wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre oder heute, da sie ihren traditionellen Internationalismus als Freihandelsinternationalismus missversteht, besteht die Möglichkeit, dass die Rechte gewinnt.

WELT: Die Kritik an einer "postmodernen", "woken" Linken ist lagerübergreifend. Frau Wagenknecht schreibt ein Buch über die "Lifestyle- Linke", und wird dafür im konservativen Lager hofiert.

Streeck: Das mit dem Hofieren gehört zu den politischen Tricks und Spielchen, die Verwirrung stiften sollen. Wahr ist, dass ein Gutteil der sogenannten Identitätspolitik auf die gegenwärtig weit verbreitete

Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"

Unfähigkeit linker Parteien zurückgeführt werden kann, eine überzeugende Vision einer solidarischeren, weniger ungleichen, mehr Zukunftssicherheit bietenden, im Umgang mit Welt und Umwelt weniger aggressiven, ihre kollektiven Güter pflegenden und ausbauenden Gesellschaft zu entwickeln. Da hat Frau Wagenknecht völlig recht.

WELT: Sind die 30 Jahre nach 1945, mit starken Gewerkschaften und einer keynesianischen Finanzpolitik, ein Modell für heute?

Streeck: Es gibt für Problemlagen dieser Größenordnung keine "Modelle", die man einfach "umsetzen" könnte: Wer sollte auch der "Umsetzer" sein? Manchmal kommt es mir vor, als würde die politische Diskussion heute im Geiste des Leninismus geführt, ein Jahrhundert nach Lenin: Wir kennen das Problem, wir haben einen Plan, wir kennen die Instrumente und wissen, wie wir sie in die Hände bekommen, und dann bauen wir um.

So ändern sich, so ändert man Gesellschaften aber nicht. Auch das Regime des staatlich administrierten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte musste erkämpft und durch Erfahrung erlernt werden. Im Übrigen saß es auf unterschiedlichen regionalen und nationalen Traditionen auf, an die es angepasst werden musste und, das war einer seiner Vorzüge, auch konnte.

WELT: Man hat manchmal den Eindruck, diese Zeit werde glorifiziert, die 50er-, 60er-, 70er-Jahre.

Streeck: Es geht nicht um "Glorifizierung", sondern um ein besseres Verständnis davon, wie eine moderne Gesellschaft politisch regiert werden muss, damit sie nicht auseinanderfällt - was Politik zu leisten hat und vielleicht immer noch leisten könnte, damit nicht die Wirtschaft die Gesellschaft beherrscht, sondern umgekehrt die Gesellschaft die Wirtschaft - oder doch wenigstens ein gewisses Mitspracherecht ausüben kann, über den Markt hinaus.

Die Zeit, die Sie ansprechen, war eine, in der die "kleinen Leute" gegenüber den Großen aufholten, Lebensunsicherheiten abnahmen, kollektive Dienstleistungen und Infrastrukturen, vor allem auch Bildungssysteme, ausgebaut und geöffnet wurden usw. usw. Es hat doch nichts mit Glorifizierung zu tun, wenn man fragt, ob und wie wir heute, unter anderen Bedingungen, vor allem denen eines nunmehr globalisierten Kapitalismus, Ähnliches erreichen könnten, gegen das Matthäus-Prinzip des kapitalistischen Marktes, das da heißt "Wer hat, dem wird gegeben". Die Frage ist, ob man mit den Mitteln, die heute zur Verfügung stehen, gegen dieses Prinzip anarbeiten kann.

WELT: Was wären diese Mittel?

Streeck: In meinem Buch beschreibe ich die gegenwärtige Politik als stagnierend, steckengeblieben angesichts der Herausforderungen, mit denen der rasant fortschreitende kapitalistische Modernisierungsprozess sie konfrontiert. In diesem Zusammenhang diskutiere ich eine heute hochaktuelle allgemeine Frage zur Architektur von Politik und Staaten bzw. Staatensystemen: Wird die Politik lösungsfähiger durch mehr Zentralisierung - mehr Technokratie, mehr freie globale Märkte - oder durch Dezentralisierung mit der Möglichkeit einer erneuten Demokratisierung?

WELT: Das sind die zwei Auswege, die Sie in ihrem Buch diskutieren: nach oben und nach unten.

Streeck: In diesem Spannungsverhältnis, zwischen Zentralismus und Dezentralisierung, spielen viele der heutigen Konflikte. In dem Buch argumentiere ich, das hochzentralisierte Staaten und Staatensysteme, die ich als Imperien bezeichne, wenn überhaupt nur als losgelassene Marktwirtschaften betrieben werden können - deshalb wurden sie von den Neoliberalen so geschätzt - oder als Technokratien, oder als Kombination zwischen beiden, wie die EU nach Maastricht.

Das Problem ist dann aber, dass weder staatenlose Marktwirtschaften noch überstaatliche Technokratien als solche besonders gut bei den Leuten ankommen, weshalb große staatliche oder zwischenstaatliche Gebilde oft nur durch Gewalt zusammengehalten werden können, jedenfalls nicht

Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"

demokratisch. Erklärt man das, hört man oft die Frage: "Sollen wir denn alle wie die Schweiz werden, oder zu einem globalen Skandinavien?" Nun geht es denen ja nicht ganz schlecht. "Und wie soll Luxemburg sich auf sich allein gestellt gegen China verteidigen?" Aber wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass China ein Expeditionskorps ausschickt, um Luxemburg zu erobern?

WELT: Sie gehen zurück, nicht nach Rom, aber zum berühmtesten Interpreten seines Untergangs: Edward Gibbons "Verfall und Untergang des römischen Reiches" aus der zweiten Hälfte des 18ten Jahrhunderts.

Streeck: Gibbon fragt sich an einer wichtigen Stelle, und um die allein geht es mir, ob sein damaliges Westeuropa, aufgeteilt in eine Vielzahl kleiner Staaten, besser dran sei als unter dem Römischen Reich, und kommt zu dem Schluss, ja, und zwar grade weil es nicht mehr einheitlich regiert wird. Damit begründet er eine liberale - nicht: neoliberale - Sichtweise auf Staatensysteme.

Wo die staatliche Herrschaft in einer Region aufgeteilt ist, hängen nicht alle von den Entscheidungen einer einzigen Regierung ab. Fehler können erkannt werden, bevor sie alle schädigen; die Einzelstaaten können mit Lösungen für Probleme experimentieren, die alle betreffen, und können dabei voneinander lernen; komplementäre Fähigkeiten können entwickelt und in Kooperation miteinander kombiniert werden.

An die Stelle einer zentralistischen Hierarchie, so interpretiere ich das, kann freie, freiwillige, quasi-genossenschaftliche, egalitäre, themenspezifische Kooperation treten. Ich vergleiche dieses Muster mit der EU nach Maastricht, und dabei schneidet diese sehr schlecht ab.

WELT: Das verbinden sie auch mit den Ideen des Ökonomen John Maynard Keynes.

Streeck: Keynes war alles andere als ein Globalist. Ich verarbeite in dem Buch einen zentralen Aufsatz von ihm aus dem Jahr 1933, in dem es heißt, Literatur, Kunst und Wissenschaft sollten universal sein und weltweit betrieben werden, nicht aber die Produktion materieller Güter; die sollte unter lokaler, also nationaler Kontrolle stattfinden, um den Gesellschaften die Möglichkeit zu geben, über ihr kollektives Leben autonom zu entscheiden und ihre Werte vor der Diktatur der niedrigsten Preise, der Skalenökonomie, zu schützen. Was für ein Ökonom! Werte wichtiger als Preise!

WELT: Die Klimakrise ist nun unbestreitbar ein globales Problem.

Streeck: "Da gibt es nur eine globale Lösung", sagt auch Angela Merkel. Aber gibt es die wirklich? Seit Jahrzehnten trifft man sich auf internationalen Konferenzen, verhandelt, was das Zeug hält, ob es nun höchsten zwei oder doch nur höchstens 1,5 Grad wärmer werden darf, und was passiert? Die Kurven steigen einfach weiter, den Kurven ist es egal, was da beschlossen wird. Wenn das nicht nationale Politik wird, dann war es für die Katz. Wenn Obama seinen Senat nicht dazu bekommt, die nötigen Gesetze zu verabschieden, auch weil er sein politisches Kapital lieber anderweitig investiert, dann wird es eben wärmer.

WELT: Wir können die Welt nur gemeinsam retten.

Streeck: Wie kriegen wir es hin, dass jeder mitmacht? Solange wir alle rationalerweise warten, bis wir Gewissheit haben, dass alle ihren Beitrag leisten, geht es genau so weiter wie bisher. Ich argumentiere, dass die großen Fragen nicht technokratisch, auf der Ebene von sogenannter "global governance", sondern nur "vor Ort" gesellschaftlich, wenn man so will: moralisch, also demokratisch angegangen werden können.

Weltgemeinschaftlich Schädliches muss sittlich verpönt werden, das tut man einfach nicht, egal ob andere es tun; man tut das um der Sache und um seiner selbst willen nicht. Hier ist auf soziale Bewegungen zu setzen statt auf staatliche Bürokratien, auf den Druck einer gesellschaftlichen Re-Moralisierung wirtschaftlichen Handelns. Kann die gelingen? Die Antwort ist, denke ich: wenn sie nicht

Wolfgang Streeck; "Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat"

gelingt, wird das Problem eben nicht gelöst. Shit happens. Mein Ansatz ist radikal-demokratisch, im Sinne der vierten Strophe der Internationale: "Es rettet uns kein höh'res Wesen/ Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun/ Uns aus dem Elend zu erlösen/ Müssen wir schon selber tun".

WELT: Und das soll an der Zentralisierung scheitern?

Streeck: Ein Beispiel: Sie und ich überzeugen unsere Mitbürger, dass bei uns Schweinefleisch nur noch angeboten werden darf, wenn das Schwein ein einigermaßen gutes Leben gehabt hat. Dazu setzen wir unsere Regierung unter Druck, die Herstellung von Schweinen ohne gutes Leben zu verbieten. Wenn der Druck groß genug wird, würde sie das vielleicht auch tun (und damit zugleich den Wahnsinn beenden, dass ein Viertel der in Deutschland produzierten Schweine ausgerechnet nach China verschifft wird, wo die Hälfte der Bevölkerung noch auf dem Land lebt, also Schweine selber herstellen könnte; bei uns bleiben dann der Profit und die Gülle).

Aber wenn wir in der Binnenmarkt-EU sind, wandert die schweinequälende Schweinefleischproduktion in andere Mitgliedstaaten ab, ohne dass der Verkauf bei uns verboten werden könnte. Wir sollten aber als Demokratie über die Souveränität verfügen, in unserem Land nach unserem Willen eine öffentliche Ordnung zu errichten, die die Gräueltat der Billigfleischproduktion aus moralischen Gründen verbietet. Wie die Dinge stehen, könnte es eine solche öffentliche Ordnung aber nur auf EU-Ebene geben. Wir müssten dann Brüssel um eine Verordnung ersuchen, wonach ein Schwein Anspruch auf einen Stallplatz von nicht nur einem, sondern vielleicht anderthalb Quadratmetern bekommt. Da können Sie lange warten, und am Ende kriegen die Schweine dann vielleicht einen Meter und 18 Zentimeter, mit einer Übergangsfrist von 8 Jahren.

WELT: Aber die Gefahr besteht doch, dass das auch das Ergebnis des demokratischen Prozesses hierzulande wäre.

Streeck: Natürlich besteht die Gefahr. Aber dagegen kann man als Bürger etwas tun. Nicht so in Brüssel, der Hauptstadt der Lobbyisten statt der Bürger.

WELT: Warum kann man sich einen demokratischen Prozess nicht auf europäischer Ebene vorstellen?

Streeck: Gesellschaften haben ihre eigenen kommunikativen Codes. In Deutschland muss man etwas auf die eine Weise sagen, in Italien auf eine andere. Das Ergebnis kann ähnlich sein, aber jede Gesellschaft muss nach ihrer Façon zur Seligkeit gelangen. Soziale Bewegungen sind auf eine mehr oder weniger integrierte Gesellschaft, einen Demos angewiesen, und es gibt keinen europäischen Demos. Dafür gibt es aber durchaus gegenseitige moralische Ansteckungsprozesse, die besser funktionieren als zentrale Vorschriften. In meinem Buch arbeite ich mit einer Idee aus der Systemtheorie, wonach politische Systeme umso mehr sogenannte Veto-Punkte haben, je komplexer sie sind. Je mehr Veto-Punkte, desto geringer die Chance, dass sich neue, ausgefallene Ideen politisch durchsetzen.

Der Gedanke findet sich, anders ausgedrückt, auch bei Gibbon. Autonome kleine Einheiten können besser experimentieren und andere können dann von ihnen lernen, nicht nur technisch, sondern auch moralisch. Darauf muss man setzen, statt auf die Chimäre von global governance. Solange wir zulassen, dass unsere Regierungen uns erklären, man könne die Probleme nur international lösen, müsse sie also ihnen und ihrer Diplomatie überlassen, geht alles so weiter wie bisher. Nur Demokratie kann uns retten, wenn überhaupt, nicht Technokratie, nicht Merkatur, und die einzige politische Einheit, die demokratisierbar ist, ist ein souveräner, besser nicht zu großer Nationalstaat.

Weblink: <https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/plus232743289/Wolfgang-Streeck-Demokratisch-ist-nur-der-Nationalstaat.html>

Wider die Technokratie: Soziologe Streeck

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Publication-Type: Web-Publikation

Journal Code: WEPL

Subject: POLITIK (89%); WIRTSCHAFT & WIRTSCHAFTSINDIKATOREN (89%); ÖFFENTLICHE POLITIK (89%); URHEBERRECHT (79%); EUROPÄISCHE UNION (78%); FORSCHUNGSINSTITUTE (78%); GESPRÄCHE & TREFFEN (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); SOZIOLOGIE (78%); VERSTAATLICHUNG (78%); WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN (78%); DEWISENMÄRKTE (75%); VERSPÄTUNGEN & VERZÖGERUNGEN (71%); WECHSELKURSE (70%); PROTEKTIONISMUS (69%); GEWERKSCHAFTEN (60%)

Organization: UNIVERSITY OF WISCONSIN (84%); EUROPEAN UNION (59%)

Industry: DEWISENMÄRKTE (75%); WECHSELKURSE (70%)

Geographic: MADISON, WI, USA (79%); ROM, ITALIEN (79%); KÖLN, DEUTSCHLAND (58%); EUROPÄISCHE MITGLIEDSTAATEN (79%); WISCONSIN, USA (79%); ÖSTERREICH (91%); EUROPA (79%); ITALIEN (79%); NORDAMERIKA (79%); SERBIEN (79%); UNGARN (79%); VEREINIGTES KÖNIGREICH (79%); DEUTSCHLAND (73%)

Load-Date: August 2, 2021